

Die „Vorwärts“ wird... (Small text at top left)

Vertrieb... (Small text at top right)

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Vor wichtigen Entscheidungen.

## Eine Rettungsaktion.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin (S. V. D.) und die Obleute und Betriebs-Vertrauensleute der S. V. D. veröffentlichten im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Arbeiter, in dem sie erklären, sie seien der Meinung, daß nach einer so gewalttätigen revolutionären Umwälzung schnell gearbeitet werden müsse, um die Ziele der Revolution auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete fest zu verankern.

Es müsse jetzt ungesäumt daran gegangen werden, auch die wirtschaftliche Demokratie und den Sozialismus zu verwirklichen. Nachdem die Regierung die Sozialisierung des Bergbaues angeordnet, fordern die Unterzeichner des Aufrufes außerdem, daß die Stellung der Betriebs-, Bezirks- und Landes-Arbeiterräte in der Verfassung geregelt wird. Diesen Arbeiterräten sei weitestgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse und Kontrolle der Produktion in den Betrieben einzuräumen. Ferner sind ihnen Befugnisse auf sozialpolitischem und arbeitsrechtlichen Gebiet zu bewilligen. Unverzüglich müsse der Bericht der Sozialisierungskommission veröffentlicht werden. Eine Kommission der S. V. D. arbeitenden Berliner Arbeiter werde am Dienstag mit der Regierung über diese Forderungen verhandeln.

Nach diesen Erklärungen wenden sich die Unterzeichner des Aufrufs gegen den Generalkreis, der die Durchführung dieser Forderungen verhindern und den Ausbruch der Wirtschaft herbeiführen würde.

Die Absicht der Unterzeichner geht also offensichtlich dahin, durch solche Versprechungen eine gemeinsame Aktion der Berliner Arbeiterschaft zu verhindern. Leute, wie U. d. Mann, der auf dem ersten Parteitag dem Kabinett des Genie gebrochen hat, oder wie Th. Fischer, der im Januar mit dabei war, die Einigungsaktion der Arbeiter zu verhindern, beanspruchen jetzt den Kredit, auf ihre bloßen Versprechungen hin, von einer Unterstützung der streikenden Genossen im Lande Abstand zu nehmen. Diesen Kredit kann die Berliner Arbeiterschaft ihnen nicht gewähren.

Die Betriebsvertrauensleute der S. V. D. hielten am Sonntag eine Versammlung ab. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ lehnte es die Versammlung nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte ab, über die Stellung zum Generalkreis abzustimmen. Diese Stellungnahme soll für die Arbeiter-vertreterversammlung am Montag vorbehalten werden. Eine Abstimmung sei ja schon dadurch unnötig, daß alle Redner gegen den Generalkreis gesprochen hätten. Es wurde eine Einigungskommission gewählt, die besteht aus Braun, Hecker, Kallisch, Wülfinger, Umlauf, Wlotta. Die Resolution Kallisch wurde einstimmig angenommen, ebenso gegen wenige Stimmen die folgende Resolution Krüger:

Die Versammlung der auf dem Boden der S. V. D. stehenden Groß-Berliner Betriebsvertrauensleute und Arbeiter-vertreter verlangt:

1. Die Stellung von Betriebs-, Bezirks- und Landes-Arbeiter-vertretern in der Verfassung zu regeln. Die Arbeiter-vertreter haben weitestgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, Kontrolle der Produktion, Beurlaubung und Anwesenheit bei allen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Beschließungsmaßnahmen, Mitwirkung bei der Sozialisierung von Produktionszweigen, Kontrolle sozialistischer Betriebe.
2. Die Sozialisierung der Bergwerke- und ähnlich entwickelter Industrien ist sofort einzuleiten unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.
3. Schnellige Besserung der Ernährungsverhältnisse.

Die Versammlung wählt eine Kommission von 3 Personen, die sofort in Verhandlungen mit der Regierung über Durchführung dieser Forderungen zu treten hat.

## Die Reichskonferenz der österreichischen Arbeiterräte.

Wien, 2. März. Gestern trat die Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs zusammen. Es waren 137 Delegierte erschienen. Neben den ersten fünf Tagesordnungs- und politischen Tages der Arbeiterräte, referierte Reich und sagte u. a.: Wenn wir heute das Volk zur Arbeit aufrufen, um die Wirtschaft von

Hunger und Arbeitslosigkeit zu retten, können wir es nicht durch Zwang, sondern nur, wenn wir die Herzen und Geister gewinnen. In der Debatte betonten mehrere Redner die Notwendigkeit einer rascheren Sozialisierung.

## Lettow-Vorbed.

Einhundertvierzehn Mitglieder der ostafrikanischen Schutztruppe sind gestern unter Führung des Generals von Lettow-Vorbed in Berlin eingetroffen. Zahlreiche Mitglieder des Reichskolonialamtes, des Deutschen Völkerbundes und der militärischen Behörden hatten sich zu dem Empfang eingestellt, der mit besonderem Pomp arrangiert war. Es hielten zunächst General von Winterfeldt im Auftrag des Generalkommandos, Dr. Fell als Vertreter des Reichskolonialamtes, ferner Kriegsminister Oberst Reinhardt, Vizeadmiral Rogge und der Berliner Bürgermeister Dr. Reiche, General v. Lettow-Vorbed dankte in kurzer Ansprache.

Das Volkliche Bureau berichtet über den Empfang eines mehrwöchigen Besuchs, nachdem schon in den vorhergehenden Tagen in der bürgerlichen Presse eine kräftige Propaganda für den Empfang Lettow-Vorbeds entfaltet worden war. Dieser ganze Preisrummel mutet etwas merkwürdig an. Er trägt zu deutlich den Stempel einer Stimmungsmache an der Stirn, als daß man schweigend an diesem Vorgang vorbeigehen könnte.

Wir haben gewiß nicht dagegen, daß die heimkehrenden Mitglieder der ostafrikanischen Schutztruppe, wie alle aus dem Kriegsende heimkehrenden Divisionsabteilungen, herzlich in der Heimat empfangen werden. Aber die ganze Art des geistigen Empfangs läßt deutlich die Absicht erkennen, zugunsten des Generals von Lettow-Vorbed eine Agitation zu ganz bestimmten Zwecken einzuleiten. Wir wissen, daß die kaiserlichen Offiziere, über deren verdäuerlichen Absichten wir in unserer Sonnabend-Ausgabe ausführlich berichteten, General v. Lettow-Vorbed als kommenden Mann auf Schild erhoben haben. Nicht Hindenburg, sondern Lettow-Vorbed soll an die Spitze der militärischen Konterrevolution treten! Deshalb diese gefühlsvolle Stimmungsmache, die die bürgerliche Presse und das offizielle Volk-Bureau unterstützen. Deshalb auch das sorgfältige Verschweigen unserer genauen Angaben über die Verschönerung der kaiserlichen Offiziere, die in den Kreisen der Beteiligten und der ihnen Nahestehenden wie eine Bombe eingeschlagen haben.

## Die Stadtverordnetenwahlen in Spandau.

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Spandau ergaben sich folgende Ergebnisse: 12 452 Stimmen (19 Sitze), Reichsliste-Sozialisten 12 060 Stimmen (20 Sitze), Deutsche Demokraten 6781 Stimmen (10 Sitze), Deutsch-nationale Volksp., 3721 Stimmen (6 Sitze), Christliche Volksp., 2204 Stimmen (3 Sitze), Deutsche Volkspartei 1099 Stimmen (2 Sitze).

Verglichen mit dem Stimmenergebnis für die Nationalwahlen am 19. Januar zeigt der Ausfall der Stadtverordnetenwahl, daß unsere Partei auch in Spandau außer den Deutsch-nationalen den relativ geringsten Verlust hat und am besten abkam. Am 19. Januar erhielten die Reichsliste-Sozialisten 22 218, die Unabhängige Partei 15 557, die Demokraten 10 806, die Deutsch-nationalen 3088, die Deutsche Volkspartei 3077, die Christliche Volkspartei 3426 Stimmen.

Unser Stimmenergebnis beträgt also nur 3105 Stimmen, während die Reichsliste-Sozialisten 9258 und die bürgerlichen Parteien zusammen 13 895 Stimmen weniger anbrachten. Um Haarsbreite sind wir jetzt an die Reichsliste-Sozialisten herangekommen.

## Große Kundgebung in Dresden.

Dresden, 2. März. W. L. S. meldet: Heute veranstalteten hier die Arbeiterräte und Kommunisten eine Protestversammlung, in der die den Generalkreis am Montag früh abredeten. An die Versammlung, an der ungefähr 12-13000 Mann teilnahmen, schloß sich ein Marsch an, der sich unter Hochrufen auf den Volkshelden und den Ruf nach der Arbeiter-Partei durch die Straßen der Stadt bewegte.

## Revolutionärer Anschauungsunterricht.

Jede Revolution hat ihre eigenen Gesetze — diese recht banale, aber immer neue Wahrheit wird uns von dem Gang der Ereignisse aufs neue eingeprägt.

Es geht nicht an, eine fremde revolutionäre Schablone auf das eigene Land zu übertragen. Die geschichtlichen Vorbedingungen, die soziale Schichtung der Klassen, die politische Klasse des Proletariats zwingen die Führer der revolutionären Massen eine Taktik auf, die diesen Verhältnissen entspricht.

Wir stehen nach der halben Revolution des November am Vorabend einer neuen Revolution, die das begonnene Werk befestigen und vollenden soll. Auch diese Revolution wird von niemandem „gemacht“. Sie kommt aus der Tiefe des Massenbewußtseins, aus dem stürmischen Drang der Arbeiter, die sich um die Früchte der Revolution betrogen sehen, die nicht zurückwollen in das Anarchistenverhältnis des Kapitalismus, die nach neuen Formen suchen, um das zerfallene und zerstörte Haus neu aufzubauen und alle üppig wuchernden sozialen Uebel aus der Gegenwart zu entfernen.

Im November war dieses Bewußtsein nicht im entferntesten so stark wie jetzt. Wie in jeder Revolution vertraute das aufständische Volk auf die Einsicht und die Ehrlichkeit der besiegten gesellschaftlichen Gruppen. Es beging keine Gewalttaten, es forderte keine besonderen Vorrechte für sich, es wollte lediglich die Schmach der jüngsten Vergangenheit auslöschen und das jahrhundertalte Unrecht vernichten, das die Besitzenden und Privilegierten an den unteren Volksklassen geübt hatten.

Das Vertrauen der arbeitenden Massen ist schon dem mißbraucht worden. In ihren wichtigsten Erwartungen getäuscht, stehen sie heute voll tiefer Enttäuerung den herrschenden Massen gegenüber, die es verstanden haben, auch die neuen politischen Formen für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu mißbrauchen.

In diesen vier Monaten, die seit der Novemberrevolution verstrichen sind, haben die arbeitenden Massen Deutschlands einen Anschauungsunterricht durchgemacht, wie sie ihn in Jahrzehnten vorher nicht gehabt haben. In revolutionären Perioden vollzieht sich die politische Entwicklung mit außerordentlicher Schnelligkeit, Dinge und Personen werden schneller als in Zeiten ruhiger Entwicklung ihres hüllenden Schleiers entleidet. Die sozialen Gegensätze reifen mit treibhausmäßiger Gleichwindigkeit heran. Die Parole des Kampfes beherrscht die Stunde. Alles, was diesem Kampfe hinderlich erscheint, wird unwillig zur Seite geschoben. Zuerst unsicher tastend und in Abwege verfallend, dann aber immer sicherer und fester erhebt sich die Bewegung der unterdrückten Klasse, um auf das Ziel hinzusteuern, das ihr die Befreiung aus allem Elend der Gegenwart verheißt.

In solchen Augenblicken ist es müßig, darüber zu streiten, ob dieses Ziel wirklich rechtlos verwirklicht werden kann. Und ebenso müßig ist es, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Massen nicht ruhig abgewartet haben, bis ihnen das Heil von oben beider worden wäre. Sind die Dinge einmal in Fluß geraten, so helfen solche Betrachtungen nichts. Am allerwenigsten dürfen sie von unten aufgestellt werden, die durch ihr verbrecherisches Jögern, durch ihr antisoziales Verhalten, durch ihre revolutionärscheindliche Gesinnung die Massen aufgepeitscht und nur noch schneller vorwärtsgetrieben haben.

Diese Arbeit hat die rechtssozialistische Regierung und die Nationalversammlung in ausgiebigem Maße vollbracht. Sie, die die Entwicklung gewollt auf eine niedere Stufe zurückzuführen wollten und die den Anforderungen der neuen Zeit verständnislos gegenüberstanden, sie, die immer nur an die Gewalt appellierten und das wildbewegte Meer der proletarischen Bewegung mit kleinen Reformversprechungen zu beruhigen suchten, klappten umher und auf Wien das Gute.

Man wird gerne zugeben können, daß die Regierung und die Nationalversammlung sich mitunter in einer selbstverurteilten Zwangslage befanden. Diese Zwangslage entstand, weil sowohl die Regierung wie die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung vollständig übersehen, daß sie aus der Revolution geboren waren und die Aufgabe hatten, den treibenden Kräften dieser Revolution gerecht zu werden.

Statt diese Aufgabe zu erfüllen, haben sie ihr Heil darin, den selb entlassenen Reichstagen zu restaurieren, an das Jahr 1848 anzuknüpfen und nicht an das Jahr 1918.

Schon die Idee, die Nationalversammlung nach dem Vorbild des Weimarer einberufen, um dort in landlicher Zurückgezogenheit die Entbindung der Verfassung entgegenzusetzen, war bezeichnend für das geistige Niveau der regierenden Herren. Sie hätten aus der Hauptstadt, deren Boden ihnen zu revolutionär erschien. Nun haben sie die Genugtuung, daß sie in Weimar von der Revolution gemindert und abgeklärt werden, während ihre militärischen Hilfsträfte in Berlin eine Wunde gegenrevolutionärer Verschwörer zu werden drohen.

Rings um Weimar, in weiten Gebieten Mitteldeutschlands ist der Streik der Arbeiter mit spontaner Macht emporgelommen. Niemand hat ihn organisiert niemand „gemocht“. Er entstand aus dem fließenden Widerstand zwischen den Taten der Weimarer Herren und dem revolutionären Willen, das in dem Herzen der deutschen Arbeiterklasse lebt.

Dieser Widerstand läßt sich nicht mit laubungsvollen Reden und langatmigen Versprechungen überbrücken. Das haben die Arbeiter schon aus den Massenkämpfen der Revolutionen gelernt, daß sie den Versprechungen derjenigen nicht trauen dürfen, die noch zeitweiliger Anpassung an die Revolution sich ebenso leicht an die bürgerlichen Mehrheitsparteien angelehnt haben und hurtig am Werke sind, die proletarische Revolution in ein bürgerliches Jahrtausend hinüberzuführen.

Die Erkenntnis dieser Tatsache breitet sich immer mehr auch in den Reihen der bisher unter rechtssozialistischer Führung stehenden Arbeiter aus. Vor die Wahl gestellt, entweder dem Sozialismus oder dem Fetisch der Parteidisziplin treu zu bleiben, wählen sie das erstere und schaffen damit die Voraussetzung für den Zusammenschluß des deutschen Proletariats auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes für den Sozialismus.

Die Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses wird andererseits auch noch gefördert durch die Erkenntnis, daß die von den Kommunisten gepredigten Methoden, die im Januar Schlußbruch erlitten und einen vorübergehenden Rückschlag der Bewegung herbeigeführt haben, aus der Praxis der jetzigen Bewegung verbannt werden müssen. Nicht willkürliche Aktionen über die Köpfe der Massen hinweg, nicht verantwortungsloses Vorkommen kleiner Minoritäten, sondern wohlüberlegte, einheitliche Handlung mit dem Zweck der Gewinnung der großen Masse der Arbeiter — diese Methode ist in den verflochtenen Monaten Gemeingut des seiner Verantwortung bewußten Vortrupps des revolutionären Proletariats geworden.

Das also sind die wichtigsten Ergebnisse des politischen Anschauungsunterrichts der letzten Monate: Abkehr von der verästelten Politik der rechtssozialistischen Führer; Bekämpfung jeder Koalition mit dem Bürgertum, das nur das eine Ziel kennt, die Revolution zu entmannen und sich dienstbar zu machen; Sammlung der proletarischen Kräfte auf dem Boden einer gemeinsamen revolutionären Politik, die fremd allen opportunistischen Bestrebungen die Macht des Proletariats und seiner Kampforgane steigert, bis es die Herrschaft übernehmen kann, um die Endziele des Sozialismus zu verwirklichen.

### Elende Ausflüchte.

Die tiefgehende Erregung, die die ganze Arbeiterklasse erfasst hat, verleiht ihre Wirkung auf die Regierung nicht, und so sucht sie kampflos nach Bekämpfungsmitteln. Endlich scheint sie zu begreifen, daß das Verlangen nach Sozialisierung denn doch etwas mehr ist als die opportunistische Forderung der bösen Heber. Nun will sie die Arbeiterklasse durch Versprechungen beruhigen.

Wir vermuten, daß die Arbeiterklasse zu den Versprechungen sehr geringes Vertrauen haben werde, müssen aber sehr energisch Verwahrung dagegen einlegen, daß die Regierung die Schuld für ihre feige Panderpolitik in der Sozialisierungsfrage von sich abwälzen sucht. Der Minister Landsberg hat in der Nationalversammlung erzählt, die Sozialisierungskommission habe bisher lediglich vorgeschlagen, die mineralischen Bodenschätze als Nationaligentum zu erklären, und zwar sollte das nur eine Demonstration sein. Dazu muß gesagt werden, daß Herr Landsberg die Unwahrscheinlichkeit sehr leichtfertig über Dinge redet, ohne sich vorher unterrichtet zu haben.

Richtig ist, daß die Sozialisierungskommission, als zuerst im Dezember die Bergarbeiterfrage unruhig wurde, der Regierung sofort vorgeschlagen hat, als ersten Schritt zur Sozialisierung eine Verleumdung zu erlassen, die alle mineralischen Bodenschätze als alleiniges Eigentum der Nation erklärt und ferner besagen sollte, daß die Regierung sofort alle Schritte vornehmen werde, um das Eigentumsrecht der Nation zu verwirklichen. Diesem ersten Schritt sollte in kürzester Zeit als zweiter die Uebernahme des Kohlenmonopols folgen.

Jetzt hat unter dem Tausch der Ereignisse die rechtssozialistische Fraktion in Weimar das, was die Sozialisierungskommission im Dezember als ersten Schritt für notwendig hielt und was die rechtssozialistische Regierung verworfen hat, als ihren Antrag eingetrachtelt. Das ist natürlich heute längst überholt und völlig ungenügend.

Es ist natürlich ebenso wenig wahr, daß die Sozialisierungskommission seitdem nichts getan hat. Als die Ruberzpunkte einen selbständigen Schritt in der Sozialisierungsfrage unternehmen und die Reuerekommission einleiten, drängt die Sozialisierungskommission darauf, daß dieses Vorgehen anerkannt und sofort eine wirksame Kontrolle des Kohlenmonopols durch drei Reichskommissionen erfolge, die mit der Reuerekommission zusammen zu arbeiten hätten. Gleichzeitig trat die Kommission für die Rechte der Bergarbeiter ein. Die Regierung hat zwar in den bekannten Verhandlungen die Verordnungen akzeptiert, die Ausfüllung durch die Reichskommissionen ließ aber, wie es scheint, alles zu wünschen übrig.

Unterdessen sind die Dinge längst über bloße Uebergangsmassnahmen hinausgeschritten. Die Kommission hat auch bereits der Regierung einen vorläufigen Bericht erstattet, in dem die Majorität den Plan für eine vollständige Sozialisierung des Bergbaues entwarf. Es ist also absolut unwahr, wenn Herr Landsberg die Schuld für die frühere Verhinderung der Regierung auf die Sozialisierungskommission abwälzen versucht. Solche Unwahrheiten wären unmöglich, wenn die Regierung die Verordnungen, wie es die Reuerekommission wünscht, endlich der Öffentlichkeit zurverbreitete. Doch sie es nicht gut, das öffentliche Bewußtsein zu klären. Die Regierung hat nämlich gar nicht die Absicht, eine wirkliche Sozialisierung des Bergbaues durch-

zuführen. Das erlauben die ja die Bergischen Herren und Meißner gar nicht.

Die Regierung hofft vielmehr, mit dem gemischtwirtschaftlichen Schwandel ihr Auslangen zu finden, der im Reichswirtschaftsrat unter dem durch und durch reaktionären Ludwig Müller ausgebrütet wurde und den Herr August Müller unter dem üblichen Beschimpf auf die Sozialisierungsfrage der Arbeiter mit großem Lärm der Öffentlichkeit angekündigt hat, ohne daß diese bis jetzt darüber näheres erfahren hätte.

Die Verleumdung des Herrn Landsberg verfolgte also den Zweck, die Sozialisierungskommission zu diskreditieren, um die Pläne des Reichswirtschaftsrats in den Vordergrund rücken zu können. Für die Unaufrichtigkeit, die in allem was diesem Ministerium tut, so abstoßend zum Vorschein kommt, ist dieser Vorgang recht bezeichnend, aber die Regierung soll sich dann auch nicht wundern, wenn ihre neuesten Versprechungen bei der Arbeiterklasse die gebührende Würdigung finden.

### Der Streik in Mitteldeutschland.

Gotha, 2. März 5 Uhr nachmittags. (Eigener Drahtbericht.) Aus Eisenach kam gestern die Nachricht, daß am Montag der Streik wieder in neuer Auflage beginnt. Es haben Tumulte stattgefunden, nach denen einige Arbeiter verhaftet wurden. Die Verhafteten sind von der Arbeiterklasse wieder befreit worden. Der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Eisenach-Wehra ist unterbrochen. Die Eisenbahnbrücke bei Wartha soll gesprengt sein. In Erfurt haben heute mittags ein Uhr in den Gefängnissen die Gefangenenwächter 18 Mann entlassen. Sie haben die Türen geöffnet und den Gefangenen erklärt, heraus mit euch, denn wir streiken und können euch also nicht mehr gelassen. Unter den Entlassenen waren welche, die wegen Unterschlagung und Diebstahl bestraft waren. Die Entlassenen kamen zum Aktionsausschuß und verlangten zu essen. Die Bahnstrecke Erfurt-Nordhausen ist unterbrochen. Lohnperionage und Unterbeamte streiken entschlossen. Der Fleischhandel ist unterbrochen. Die Lebensmittel sind beschlagnahmt. In Sommerda ist nach wie vor Generalstreik. Der Eisenbahnverkehr ist lahmgelegt. Auch in Gotha selbst ist alles im alten Zustande. Der Generalstreik geht auch hier noch immer weiter. Die Menschenmasse, die am Marktplatz stand, hat sich der Maschinengewehre bemächtigt und in Stücke geschlagen. Das Automobil wurde in die Seele befördert.

Nachdem dieses Vorgehen der Regierungstruppen mißlungen war, kam plötzlich Maschinengewehrfeuer und die Menschenmasse stürzte auseinander. Genosse Rosen wurde auf dem Hauptpostamt verhaftet. In Bitterfeld selbst ist alles ruhig. Der Generalstreik geht nach wie vor weiter, auch die Eisenbahner sind noch im Ausstand. Um den Zugang von Truppen nach Bitterfeld zu verhindern, ist ein Telegramm nach Weimar geschickt und mitgeteilt worden, daß keine Regierungstruppen nach Bitterfeld kommen sollen, da die Arbeiter selbst für Ruhe und Ordnung sorgen wollen.

Halle a. d. S., 2. März, abends 7 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Es wird weiter gestreikt, trotzdem die Regierungstruppen einmarschieren sind. Von verschiedenen Seiten wurde mitgeteilt, daß seitens der Bevölkerung die Regierungstruppen angegriffen worden sind, da die Bevölkerung über den Einzug der Truppen sehr empört ist. Von Zeit zu Zeit wird noch geschossen, doch der Streik geht noch weiter.

### Der Einmarsch in Halle.

Bitterfeld, 2. März, 4 Uhr nachmittags. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalstreik geht nach immer weiter. Gestern waren die Bitterfelder Genossen nach Halle eingeladen, um mit der Regierung zu verhandeln. Von Halle aus sollte weiter nach Weimar gefahren werden, weil angeblich der Reichsarbeitsminister Bauer in Weimar kein Auto zur Verfügung habe. Um 1 Uhr 45 Minuten kam plötzlich die Mitteilung, daß in Halle Kolonnen eingetroffen seien. Wir hätten Gegenpartei, und das Schauspiel mitszusehen. Die Menschenmassen, die sich infolge des Bürgerkriegs auf den Straßen bewegten, waren sehr ruhig. Nichts Aufreizendes und Provokierendes war zu bemerken. Die Bitterfelder Genossen erwählten dann einen Soldaten von den Regierungstruppen, der sich von seinem Regiment auf dem Stande gemacht hatte und hieß, daß drei Kompanien Militär und eine Kompanie für Maschinengewehr bis zum Bahnhof gefahren seien. Dort wurden sie ausgeladen und sind dann den Sicherheitskräften, die in Halle den Straßenverkehr zu führen haben, entgegengegangen und haben diese entwaffnet. Dann kamen plötzlich drei Maschinengewehre und ein Automobil mit drei Offizieren und 15 Mann in voller Parader in Halle an.

### Unruhen in Ostpreußen.

Rönigsberg, 1. März. Die „Menschen Zeitung“ meldet aus Rügen: Hier kam es gestern zu Unruhen, die leicht einen bedrohlichen Charakter hätten annehmen können, aber durch die energische Haltung der Regierungstruppen wurde die Bewegung, die bis in die späten Abendstunden andauerte, niedergebunden. Das Schloß wurde von den Aufständischen mit Granaten beschossen, doch ist nur geringer Materialschaden angerichtet worden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Ueber Rügen wurde der Belagerungsstand verhängt.

### Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Preussischen Nationalversammlung.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten der besagten preussischen Landesversammlung hat sich heute konstituiert und zum 1. Vorsitzenden den Genossen Adolf Hoffmann, zum 2. Vorsitzenden den Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, zum Schriftführer Genossen Stöcker und zur Kassierin die Genossin Krenndörfer gewählt.

Zusätzlich sind an den Genossen Adolf Hoffmann, Berlin, Blumenstraße 22, 21 Mann.

### Die Verhandlungen über die Lebensmittelprobleme Deutschlands.

Berlin, 2. März. Die Sachlage der deutschen Lebensmittelprobleme ist am 2. März durch eine Note mitgeteilt, daß die alliierten Vertreter für die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die damit zusammenhängenden Finanz- und Schiffverkehrsfragen am 4. März in Gen-

evierren werden. Ihre erste Zusammenkunft mit den deutschen Delegierten sei für Dienstag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, vorgesehen.

### Der Revolutions-Parteitag.

Eine gewaltige Erregung drängt in der Arbeiterklasse nach Ausdruck. Große bedeutende Wirtschaftszentren Deutschlands werden durch den Generalstreik aufs tiefste erschüttert. Jede Stunde kann den Ausbruch neuer revolutionärer Kämpfe in anderen Gegenden des Reiches bringen.

In dieser außerordentlich gespannten Lage trat gestern mittags um 2 Uhr in dem ehemaligen Sitzungssaal der preussischen Herren, dem Herrenhaus, der Revolutions-Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammen. Die Verkehrsbehinderungen sowie die gespannte politische Lage gerade in solchen Gegenden, in denen die unabhängige Bewegung von großer Bedeutung ist, haben manden Delegierten an der Teilnahme am Parteitag verhindert.

Trotzdem war der geräumige Saal des Herrenhauses gut besetzt, die Tribünen, die früheren Regierungssitze mit Zuhörern überfüllt, als im Auftrag der Groß-Berliner Genossen der große Genosse Zubeil in gewohnter Weise den Parteitag mit einer laubungsvollen Ansprache eröffnete. Nach ihm ergriff der Genosse Haase zu einer kurzen, aber sehr eindringlichen Rede das Wort. Als Ostern 1917 in Gotha die U. S. D. gegründet worden sei, habe jeder gewünscht, daß der Krieg mit revolutionären Ereignissen enden werde. Aber die Politik der Rechtssozialisten habe die Erregungen der Revolution aufs tiefste gefährdet, die Kluft zwischen uns und den rechtssozialistischen Führern gewaltig erweitert, während das Bürgertum die Arbeiter verbunden habe. Das Zusammengehen mit dem Bürgertum habe den Anhängern der Rechtssozialisten die Augen geöffnet. Auch sie sehen, welche Gefahren der Revolution drohen. In dieser Situation trete der Revolutions-Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammen. Das ganze Proletariat blicke gespannt auf seine Beratungen.

Nachdem die Genossen Brühl, Dittmann und Lipski zu Vorschlägen mit gleichen Rechten bestimmt worden, wurde nach kurzer Debatte beschlossen, die Stellung zu den Gewerkschaften als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Den Bericht der Zentraleitung erstattete die Genossin Zieb. Sowohl sie als auch der Genosse Dittmann, der über die Organisationsfragen der Partei referierte, gaben wertvolle Anregungen, welche organisatorischen Aufgaben die Partei in allerhöchster Zeit zu lösen habe. Die sich an die beiden Referate anschließende Diskussion verteilte und erweiterte diese Anregungen. Sie ließ bereits erkennen, daß auch die weitere Diskussion bereichert sein werde von dem heißen Bestreben der Massen, die Revolution aus dem Stumpf herauszuführen, in den sie durch die Schuld der Schwand ihrer großen Aufgabe nicht gewordenen rechtssozialistischen Führer geraten sei. Neben den organisatorischen Fragen wurden in der Debatte bereits die Streitfragen gestreift, zu denen der Parteitag in seinem weiteren Verlauf eingehend Stellung nehmen soll. Da um 7 Uhr noch 30 Redner eingeschrieben waren, wurde die Debatte auf Montag früh verlegt. Sie soll bis mittags zu Ende geführt werden, um dann die Erörterung der großen tatsächlichen Probleme zu beginnen.

In dem mit roten Fahnen reich geschmückten Sitzungssaal des Herrenhauses wurde am Sonntag mittags um 2 Uhr der außerordentliche Parteitag der U. S. D. mit Gesangsvorträgen des Berliner Sängerkreis eröffnet. Im Namen der Groß-Berliner Parteigenossen begrüßte Genosse

#### Genosse Zubeil

die zahlreich erschienenen Delegierten: Inmitten der brandenden Wogen der Revolution trete dieser Parteitag zusammen. Millionen Arbeiter blickten auf ihn. Ganz Deutschland stünde in Flammen. Mit Maschinengewehren und Kanonen habe man hier und dort die Bewegung niederschlagen, aber an anderer Stelle schlage die Flamme nur um so heftiger empor. Genosse Zubeil gedachte dann noch der Opfer, die die Revolution gefordert habe, ehte mit warmen Worten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Franz Reisinger und Kurt Eisner und die vielen anderen wiesper bekannten, die im Kampf für die Freiheit ihr Leben hätten lassen müssen, zum Teil hingewendet auf die schändliche Weise. Er erhebe gleich Protest gegen die Gefangenenerziehung Erbebots und forderte auch, alles zu tun, daß dieser Schwand ein Ende gemacht würde.

Die Versammlung, die dem Teil der Ausführungen, der den Opfern der Revolution gewidmet war, lebend zugehört hatte, spendete den Worten Zubeils lebhaften Beifall.

#### Nach Zubeil ergriff

#### Genosse Haase

das Wort: Als Ostern 1917 in Gotha die Partei gegründet worden sei, da wäre die Ueberzeugung wohl allgemein gewesen, daß der Krieg nicht zu Ende gehen werde ohne große revolutionäre Ereignisse. Und so sei es auch gekommen. Die Revolution habe nicht alle Hoffnungen erfüllt. Aber noch sei sie auch noch nicht zu Ende, noch hätten wir mitten drin. Zweifellos würde sie ihre Vollendung finden im Triumph des internationalen Sozialismus. Bereits hätten wir mitten in einer Weltrevolution. Die Formen der Ummantelung würden in den verschiedenen Ländern nicht dieselben sein, aber nirgends dürste sich die Ummantelung verändern lassen.

Die Regierung in Deutschland, aus der Straße heraus gehoren, sei aus dem revolutionären Berlin in das bescheidene windstille Weimar geflohen, in dem Wäusden, so aber revolutionären Ummantelungen entsetzt zu sein. Aber die Stürme der Revolution wären auch dortin gedraht. Nicht lasse die Regierung eine Verschleppung der Revolution vorbereiten; angeblich sei die Sozialisierung im Werke. Welcher Arbeiter werde aber glauben, daß sich im Grunde mit der Bourgeoisie, mit Demokrasen und Zentrum der Sozialismus durchführen lasse? Die bisherige Politik der Rechtssozialisten habe auch die Massen gefährdet, daß diese Partei noch existiere sei, ernstlich antipolitische Politik zu treiben. Die Revolution gehe so weit, zu glauben, man werde mit Roskelebrutale Kampf die größte geistige Ummantelung der Welt niederzuschlagen können. Versprechen sei, was man früher selbst so oft erklärt habe, daß geistige Ummantelungen nicht mit Gewalt zu unterdrücken seien. Wie oft habe man das auch erklärt. Massenaktionen können nie das Werk von Hebern und Anführern sein, sondern werden selbst herbeiführen aus den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zuständen.

Aber verheere man nicht die Führer der Arbeiter als Anwälte und Angehörigen des Auslandes. Wenn etwas zu tun, führen könne, wie tief die Kluft zwischen uns und anderen Leuten, die mit solchen Mitteln arbeiten, geworden sei, so wäre es der Einmarsch der Gorden Kolben in Berlin, Bremen, Gotha, Cottbus, Halle usw., zum Teil in Cite, in denen an, noch bürgerlicher Bewegung vorher nichts von einer Teilung der Debatte zu werden gewesen sei. Es ist noch

dem Einzug der Truppen sei es dann doch zum Übergeben gekommen. Aber Blut sei ein besonderer Saft. Das Blut eines jeden habe gerade die Proletarier untereinander verbunden. Jetzt re be man sich die Augen und trage sich mit Erkenntnis, wie es komme, daß die Arbeiterkräfte der W. K. Partei auf die Seite der Arbeiterkräfte der U. S. V. zurückwären, und daß die Massen nicht mehr bei der Stange blieben. Man habe geglaubt, sollten sie dürfen über das „Kleine Gruppen“ der U. S. V. dabei habe sie über zwei Millionen Wähler bei den Wahlen zur Nationalversammlung um sich gesammelt. Als die alte Einheitspartei es nicht auf zwei Millionen Wähler gebracht hätte, wäre man das als einen Triumph gefeiert. Heutzutage hätten die Stadterordneten, die bereits den Beweis gebracht, daß die Partei marxiere, daß ein Umsturz angesetzt sei, nicht nur in der Stimmung, sondern in der Erkenntnis der Arbeitermassen.

So darf man, schloß Genosse Haase, das Bemühen haben, daß die Zukunft der U. S. V. gehört, daß wir vollenden werden, was wir uns zum Ziel setzen: Die Bekämpfung des Kapitalismus, die Umwandlung der bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaft. Um so schneller wird das Werk gelingen, wenn die sozialistische Internationale mit gleichem Feuer an die Aufgabe geht. Es muß unser Ziel sein, den Ruf zu gewinnen, daß wir an der Spitze der neuen revolutionären Internationale marschieren. Solche wir, daß wir in Scharen, aber brüderlichem Kampf, Marsch über Grundbesitz und Werte schaffen, wie wir rasch zu unserem Ziel gelangen. In dieser Erwartung erkläre ich den Fortschritt, den die Revolutionspartei der U. S. V. D. für eröffnet.

Es fanden dann die Wahlen für die Zeitung der Partei statt. In gleichberechtigten Vorständen wurden gewählt die Genossen Frick, Niederbrunn, Dittmann, Berlin und Lipinski. Leipzig. Genosse Dittmann übernahm mit Dankworten als erster die Leitung der Verammlung. Eine Anzahl von Anträgen mit der Forderung, eine Erklärungsbeschlüsse mit Zustimmung als Referenten als besondere Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wurde dadurch als erledigt erklärt, daß die vorgeschlagene Tagesordnung bereits Dittmann als Referenten zu dem politischen Referat Haases vorangeschickt hatte. Eine längere Debatte entspann sich über mehrere Anträge, den Punkt Stellung zu den Gewerkschaften auf die Tagesordnung zu setzen. Verschiedene Redner betonten die Wichtigkeit dieser Fragen gerade in der jetzigen Situation.

Nachdem Haase meinte, daß wenn der Partei nicht Stellung nehme, die Zersplitterungsbeschwerden in den Gewerkschaften nicht aufgehoben wären. Andere Redner wiesen darauf hin, daß die Zeit zu einer gründlichen Beratung der Frage nicht, und daß auch bei einer Besprechung des Rätesystems schon Klarheit über die Stellung der Gewerkschaften nach der Revolution geschaffen werden würde. Genosse Richard Müller erklärte, daß sein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Gewerkschaften vom Rätesystem aufzulöst werden würden.

Schließlich wurde beschlossen, die Gewerkschaftsfrage als letzten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und eine Kommission zu wählen, um die nötigen Vorbereitungen für die Erörterungen zu treffen.

Zur Erstattung des Geschäftsberichts ergriff darauf das Wort

#### Genossin Rich.

Sie führte u. a. aus: Die Gründung der Partei vollzog sich unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen. Belagerungszustand, Anebelung der Presse, Erdrosselung des Versammlungswesens, Verfolgung der tätigen Genossen hinderten die Entfaltung einer Agitation, wie sie nötig gewesen wäre. Allein 3000 Personen wurden in Schutzhaft genommen, viele Hunderte mußten ins Gefängnis und Nachhaus. Dazu kam, daß die Rechtssozialisten nicht nur die Masse, sondern auch den größten Teil der Presse an sich gerissen hatten. Es hat sich aber gerade gezeigt, welchen Wert die Presse beim Aufbau einer Organisation hat. Nicht einmal das Protokoll über die Gründungsfeier der Partei konnte wegen der Zensurverweigerung verbreitet werden, und das in Gotha bei beschlossener Manifest wurde durch die Zensur so verunstaltet, daß es wertlos wurde.

Mit anderen Kundgebungen der Partei ging es ebenso. Dazu kam die Papiernot, die ja auch heute noch die Agitation und die Verbreitung der Presse hindert. Man sucht immer von der Pressefreiheit, solange das kapitalistische System besteht, kann es aber keine Pressefreiheit geben. Das beweist nicht nur die Schwere der Zensurverweigerung, sondern auch der Zwang, vorläufig für die über die Lösung des Problems zu denken, in denen die Ausführungen unserer Redner gar nicht oder nur sehr verunstaltet wiedergegeben sind.

Die Genossin Rich ging dann auf die Fortschritte der Gleichheit und der neuen Zeit: durch die Rechtssozialisten und auf die Schwierigkeiten ein, die sich den Bemühungen in den Weg stellen, an die Stelle der geraden Organe neue zu setzen. Beide Male verbot das Generalkommando in Kassel, a. Z. noch mit höhnenden Worten, die Gründung der geplanten neuen Blätter. Man habe sich schließlich zu helfen gesucht, indem man der belgischen Volkszeitung eine Frauenbeilage angliederte, und die sozialistische Auslandspolizei des Genossen Breitscheid durch Hingabe eines wissenschaftlichen Textes ausbaute. Genossin Rich zählte die Orte auf, in denen es nach der Revolution gelingen sei, nunmehr eigene Tageszeitungen ins Leben zu rufen. Weitere Gründungen wären zu erhoffen. Ueberall, wo es zur Schaffung einer eigenen Presse gekommen wäre, hätten sich gute Fortschritte in der Agitations- und Organisationsarbeit gezeigt. Auch das J. J. von der Partei eingerichtete Pressebureau sei während des Krieges durch das Oberkommando verboten worden. In der Ueberzeugung, daß ein derartiges Pressebureau notwendig sei, solle es jetzt wieder in Wirksamkeit gesetzt und möglichst auch so erweitert werden, daß es die Vertretung über die Parliamentsarbeiten übernimmt. Ueber die Mitgliederbewegung konnte die Referentin nur erhellende Angaben machen. Vor der Revolution hatte die Partei 100.000 Mitglieder, eine Erhöhung im Januar dieses Jahres ergab einen Mitgliederstand von über 300.000 Köpfen, darunter etwa 70.000 Frauen. Angewandte seien aber vielfache Übertritts- und Neugründungen von Vereinen erfolgt, so daß diese Mitgliederzahl bereits fast überschritten wäre. Die Klassenverhältnisse müßten jedoch besser sein. Die Organisationen leisteten die Beiträge an die Zentralstelle nicht in ausreichendem Maße ab. Gewiß können auch die lokalen Organisationen viele Aufgaben. Aber die Beiträge blieben auch oft sehr oft zurück. Außerdem müßte mehr durch freiwillige Sammlungen aufzubringen sein. Die Genossin Rich ging dann noch auf Angelegenheiten der Agitation ein: Von großer Bedeutung seien während des Krieges die politischen Bezirksversammlungen in den Betrieben gewesen. Durch die Vertrauensleute hätte gerade auch das den Massen übermittelt werden können, was orientiert nicht mitzuteilen gewesen sei. Ohne diese Vertrauensleute wäre der Januarstreik von 1918 nicht möglich gewesen. Die Rechtssozialisten und die Generalkommissionen hätten sich damals in blinder Wut gegen alle Aktion gewandt. Aber sie sei doch eine grandiose Friedensfundgebung gewesen und habe aufeinander die Massen gewirkt. Die Landende, die damals in den Schützengräben gefolgt worden wären, seien dort die Spitze der Revolution geworden. Aben und den Partnern, die schon im Jahre 1918 durch ihren Hungerstreik und ihre Neutralität der Revolution vorgearbeiten hätten, wofür man sie gütlich ins Rudibus gesteckt habe, müßte ein ehrendes Andenken gewahrt werden.

Genossin Rich wünschte ferner, daß die Frauenagitation durch die Gewinnung möglichst vieler Frauen in den Betrieben als Referenten ausgebaut werde. Schließlich ging sie in längeren Ausführungen auf die Politik der Rechtssozialisten ein: Bis zum Ausbruch der Revolution seien ihre Gegner gewesen, noch am Tage der Revolution hätten sie ein Flugblatt

verbreiten lassen, das wurde abgelesen, und die Menge zu gehen. Trotzdem sei nach der Revolution beabsichtigt worden, und bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten. Auch Rechtssozialisten sei zunächst dafür gewesen, habe dann aber einen Eintritt in die Regierung abgelehnt. Die von unabhängiger Seite gestellten Bedingungen hätten eine sozialistische Politik und eine Anerkennung der U. S. V. als Träger der politischen Macht gefordert. Man habe geglaubt, in die Regierung einzutreten zu müssen in dem Bewußtsein, daß die Rechtssozialisten doch keine revolutionäre Politik treiben würden, um sie vorwärts zu treiben, im Ausland Vertrauen zu der neuen Regierung zu wecken und die revolutionären Energien im Inland anzukümmern. In der Wirkung auf das Ausland sei die Partei auch nicht ganz enttäuscht worden, wohl oder in den Hoffnungen, daß es möglich sein würde, die Rechtssozialisten vorwärts zu treiben. Ihre Gewalttätigkeit habe die Genossen in der Regierung schließlich zum Austritt gezwungen. Zudem zeige sich die ganze reaktionäre Gesinnung, die feindselige Brutalität und Stumpfsinnigkeit der Rechtssozialisten in der Art und Weise, wie die Arbeitererschaft entworfen und die Bourgeoisie bewaffnet würde, wie Hunderte wegen ihrer Gesinnung verfolgt und gemartert würden. Nicht Schuldlos seien diese Leute, sondern die Konterrevolution selbst. Das verurteilte Treiben dieser Rechtssozialisten sei harter als die Arbeitererschaft gegen sie aufzutreten. In Erkenntnis des Charakters dieser Partei habe die U. S. V. D. gemeinsame Listen bei der Wahl zur Nationalversammlung abgelehnt: Das hätte nur Verwirrung in die Reihen des Bolschewikis getragen. Die U. S. V. D. sei eingetretet für eine Befreiung an den Wahlen, sie sei nicht gegen den Parlamentarismus, aber daneben müßte das Rätesystem als Richtschnur erhalten bleiben. Die Zentrale der Partei sei gegen eine Parteiverzweigung, wohl aber für eine Einigung des Proletariats. Dies sei möglich, indem die Arbeiterkraft in den rechtssozialistischen Organisationen sich gegen ihre Führer auflehne. Hauptsächlich trage der Parteitag dazu bei, diesen Prozeß zu beschleunigen. Im Anschluß daran erhellte

#### Genosse Dittmann

sein Referat über die Organisation der Partei. Er skizzierte ähnlich wie schon die Genossin Rich die Wirkungen von Krieg und Revolution auf die Partei. Bewundernswertes sei geleistet worden. Dem Wachsen der Partei in die Breite müsse nun aber auch eine Vertiefung folgen. Auch Dittmann betonte die Bedeutung der Presse. Sie müsse in erster Linie unterstützt, zu ihrer Förderung auch ein Pressebureau eingerichtet und der Parteidienst verbessert werden. Wünschenswert wäre ferner die Schaffung eines selbständigen Frauenblattes. Sehr wichtig sei es, Aufklärungs- und Agitationsliteratur zu beschaffen. Die älteren Schriften seien teils überholt, teils vergriffen. Hier würde es nötig sein, möglichst bald neues Material zu schaffen. Ebenso müsse nach dem Parteitag eine großzügige Veranlagungs-Agitation eingeleitet werden, und im besonderen sei die Frauenagitation zu fördern. Auch die Jugendbewegung dürfe nicht vernachlässigt werden. Ob es angemessen wäre, sie unmittelbar an die Parteioorganisation anzuschließen, müsse dahingestellt bleiben. Den Gemeinderäten etc. etc. sollen möglichst bald Richtlinien für ihre Tätigkeit gestellt werden. Außerdem erforderten all diese Aufgaben starke Geldmittel, und hier müßte unbedingt eine Erhöhung der vielfach noch sehr niedrigen Beiträge in Betracht kommen. Ein Mindestsatz von 0,50 M. für männliche und 0,40 M. für weibliche Mitglieder müsse gefordert werden. Genosse Dittmann besprach sodann die verschiedenen Anregungen, den Aufbau der Partei und besonders die Zusammensetzung der Zentrale neu zu gestalten. Koch sei jedoch alles viel zu sehr im Fluß, um bereits klare Entscheidungen zuzulassen. Wenn im besonderen beantragt worden wäre, auf die Funktionen der Gewerkschaften die Partei zu übernehmen, und sie auf dem Rätesystem aufzubauen, so wären die Verhältnisse wohl noch nicht reif genug.

Dittmann empfahl die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für den nächsten Parteitag. Bis dahin könne man sich damit abfinden, daß die in der Partei tätigen Genossen so nicht erst jetzt getrennt oder heute in der Bewegung ständen.

Es setzte sodann die Diskussion über die Referate Rich und Dittmann ein. Zunächst bemängelte Genosse Leid-Beilin, daß die Parteileitung nach dem 9. November zu wenig unternommen habe, was wohl auch eine Folge der Mitarbeit in Regierungsgewesen sei. Sehr bedauerlich wäre die Nichtberücksichtigung der Wünsche nach einer früheren Unterbrechung des Parteitag. Die dadurch bewirkte Unklarheit über die politische Stellung der Partei habe unerfreuliche Folgen gehabt. Jetzt sei die Hauptaufgabe, klare Wege zu schaffen.

Genosse Bühler-Kemmel sagte gleichfalls über ungenügende Unterbrechung der Organisationen durch die Parteileitung. Er forderte zwei hauptsächlich wirkende Kräfte im Parteibureau der Partei. Die Beschaffung von Agitationsmaterial und die Aufstellung von Richtlinien für die Kommunalreferenten sei dringend nötig, zumal die Rechtssozialisten versuchen würden, in den Kommunen die Führung an sich zu reißen. Die Doppelmitgliedschaft von Parteimitgliedern müsse abgelehnt werden. Eine Pressezentrale sei nötig, dürfe aber nie zur Uniformierung der Partei führen. Auch Bühler sprach für eine Erhöhung der Beiträge.

Genosse Tripplien-Stuttgart warnt davor, alle Augenblicke in die Selbständigkeit der einzelnen Bezirke einzutreten zu lassen. Das geplante Pressebureau dürfe den Blättern nur Tatsachen übermitteln, nicht Artikel und Notizen. Am wichtigsten würde eine regelmäßige telefonische oder telegraphische Berichterstattung sein. Der Redner wünscht, daß die Erhebungen über die Zahl der Opfer der Kriegsverfolgungen, die Politik der Partei müsse mehr als bisher eine internationale Orientierung annehmen. Dazu würde es nötig sein, einen Kurierdienst nach dem Ausland einzuführen und im besonderen eine Kommission nach dem Sommerland zu entsenden. Genosse Tripplien wünscht schließlich noch eine Umgestaltung der Organisation, die den Kampf auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete übernehmen und darauf zurückzuführen sein müßte, daß nicht mehr die Führung der Wahlbewegung, sondern die Organisation von Massenaktionen das Ziel ist. Und damit dürfe nicht noch ein Jahr gewartet werden.

Genossin Sender-Prorokoff begründete und erläuterte einen Antrag auf Ausbau des Frauen-Richtungsabusses, der bisher nur einmal selbständig habe tagen können. Im erwachsenen sehr große Aufgaben, und es würde nötig sein, ihm eine besondere Sekretärin anzuschließen. Auch Genossin Sender bleib ein Pressebureau für angebracht, sofern es keine Gefahr für die Partei werden würde. Koch widersprach sei eine Aneignung der Parteileitung. Neben dem Berliner Vorstand müßte der aus der Provinz zusammengesetzte Vorstand bleiben, damit nicht Berliner Politik für das ganze Reich gemacht würde.

Genosse Horn-Stettin kritisierte noch einmal das, was heute als Pressebureau gelte. Das Pressebureau würde gute Dienste tun, auch bei der Vermittlung von Agitationsmaterial. Eine ausgedehnte Veranlagungs-Agitation würde an den Transportschwierigkeiten scheitern. Um so wichtiger dürfte die schriftliche Agitation werden. Genosse Horn machte verschiedene Vorschläge für ihre Gestaltung.

Genossin Reinold-Forschen-Torward wandte sich gegen den Eintritt der Mitglieder der U. S. V. D. in die November-Regierung. Man hätte sich fragen müssen, daß mit dem Scheitern man sein geistliches Zusammenarbeiten möglich wäre. Die Mitarbeit in der Regierung habe nur Schaden gestiftet, weil sie den Rechtssozialisten ein Freigeld für ihre Tünden geliefert habe. Räte man damals im Zusammenarbeiten zurückgewiesen und eine Regierung gebildet, die nur aus Vertretern der Revolution bestand, hätte man im Notfall dann nicht an das Volk appelliert, dann wären die im Scheitern am 14. Tagen

zurückgeblieben gewesen. Jetzt würde es nicht zu spät, noch einen anderen Vorschlag zu machen. Wenn aber die Führer nicht richtig zu führen wählten, müßten die Massen sie selbst führen.

Genosse Stöcker-Eberfeld wies auf zahlreiche Probleme hin, die von der Kommission zur Veranlagung der Organisation angehend werden müßten. Im besonderen erwähnte er eine Demokratisierung des Parteileitungswesens. Die Parteileitung müsse zugrunde gelegt werden, damit nicht die kleinen wirtschaftlich unabhängigen Kreise die Oberhand erlangen. Die Wahlmänner aus der Partei würden besser nach Stimmzahlen, nicht nach der Zahl der Delegierten erfolgen.

Genosse Blumtritt-Hof sagte darüber, daß auch die Parteileitung unter nicht richtig funktionierten hätten. Würde überhaupt in der Agitation Arbeit geleistet, würde die Aufbringung der Mittel auch viel leichter sein. Die Parteileitung brauchte nicht immer in die Provinz verlegt zu werden. Auch Blumtritt empfahl die Schaffung eines Pressebureaus als Informationszentrale und besonders die Einrichtung des telegraphischen Dienstes. Aufklärungsarbeiten hätten immer da sein müssen. Wichtig wäre es, die Jugendbewegung zu fördern, ihre Agitation an die Partei weiter zu empfehlen.

Nachdem Genosse Lipinski noch eine Reihe interessanter Bemerkungen über die Streikfrage in Mitteldeutschland und das Vorarbeiten der Regierungstruppen in Halle verlesen hatte, wurde die lebhafteste Bewegung auslöste, wurde die Fortsetzung der Debatte um 7 Uhr abends auf den Montag vertagt.

## Der wachsende „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ behandelt in einem Leitartikel seiner Sonntagabend-Abendnummer den Nationalistischen Antrag in der Verammlung der Berliner Arbeiterräte. Er hat einige Bedenken dagegen, daß neben der Nationalversammlung noch eine Kammer der Arbeit bestehen soll, die sich auf dem Rätesystem aufbaut und ein wichtiges Mitspracherecht haben soll. Aber:

„einen glücklichen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten bietet vielleicht der Vorschlag des Nationalistischen Vorschlags: Beide Kammern haben das Recht, ein Referendum vorzuschlagen.“ Der „Vorwärts“ ist ganz begeistert von diesem Vorschlag. In längeren Darlegungen würdigt er ihn als ausgezeichnete Lösung des Problems, des Rätesystems mit der Demokratie zu vereinigen.

Der Gedanke ist indessen nicht ganz neu. Nicht National hat ihn zuerst gedacht, sondern es handelt sich da um einen Vorschlag, der bereits vor Wochen von unabhängiger Seite gemacht wurde. In Nummer 6 des „Sozialist“ vom 7. Februar schlug Genosse Breitscheid vor, einem künftigen von den Räten gewählten Zentralrat der Republik das Recht des ausübenden Vetos zu geben:

„Dieses Recht soll in der Weise wirksam werden, daß Gesetze, die seine Zustimmung nicht finden, entweder unmittelbar oder auch auf einer wiederholten Zustimmung im Parlament dem Volk vorgelegt werden, das durch Abstimmung (Referendum) entscheidet.“

Und am 9. Februar skizzierte Genosse Hilferding in der „Freiheit“ in einem „Die Einigung des Proletariats“ überschriebenen Artikel als Grundlage für die Einigung ein Aktionsprogramm, in dem die von der künftigen Verfassung dem Zentralrat zu übertragenden Rechte ganz ähnlich umrissen waren:

„Er erhält ferner das Recht, auch auf ein ausübendes Veto gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung. Der Einspruch hat zur Folge, daß das Gesetz einer Volksabstimmung unterbreitet werden muß.“

Beide Verhandlungen blieben auch dem „Vorwärts“ nicht unbekannt. Er wählte jeder von ihnen einen Leitartikel und in beiden Leitartikeln ging er gerade auf die Vorschläge ein, den Räten das Recht zum Appell an das Volk zu geben. Freilich, damals sah er darin nicht einen „glücklichen Ausweg“. Am 9. Februar nannte er den Vorschlag Breitscheids einen „lebensähnlichen Kompromiß“. Und weiter heißt es:

„Zwischen beiden Verfassungen soll dann ein Konfliktfall die Volksabstimmung entscheiden. Aber wer zweifelt daran, daß bei dieser Volksabstimmung die Wähler der von ihrer Partei ausgehenden Partei folgen, also genau so stimmen würden, wie die eigentliche Nationalversammlung gestimmt hat? Was wäre gewesen? Nichts! Was wäre verloren? Nichts, sehr dreifach lösbarer Fall!“

Auch Breitscheids Vorschlag wäre nichts als ganz überflüssiger Zeitvertreib, ließe sich nicht an ihm zu höchst beweisen, daß man von zwei Dingen nur ein sein kann: Sozialdemokrat oder Volkswirt...“

Am 10. Februar wurde zu Hilferdings Ausführungen gesagt, der Versuch, Nationalversammlung und Rätesystem miteinander vereinigen zu wollen, heißt, von vornherein den Todesseim in die Verfassung legen. Zur sachlichen Widerlegung vertrat der „Vorwärts“ noch einmal auf die am Tage zuvor vorgebrachten Argumente.

Das vor vierzehn Tagen, weil es damals als Vorschlag der anderen Partei kam, noch verächtlich wurde, wird heute plötzlich als eigene Entdeckung in den Himmel erhoben.

Soll man annehmen, daß der „Vorwärts“ inzwischen umgelehrt hat? Nein, von Vernein und Umformen kann da wohl nicht die Rede sein. Aber man erkennt jetzt, daß die eigenen Anhänger davonlaufen, daß der Wagon der Entwicklung dabei ist, über die Parteipolitik hinwegzugehen. Da macht man das, was schon am 9. November versucht wurde. Man hält es für gut, sich im letzten Augenblick noch selber vor den Wagon zu spannen.

Wir hoffen, daß am 10. Februar gemacht Vorschlag heute für ebenso gut, wie wir ihn damals hielten ungründet der geistlichen Kritik des „Vorwärts“. Das ist nicht und bedauerlicherweise, wenn die Reichspartei dazu mitwirken will, daß dieser Vorschlag Gesetz wird, und wenn sie sich damit zugleich auf den Boden des an dieser Stelle entwickelten Aktionsprogramms für eine Einigung des Proletariats stellt. Aber die Art und Weise, wie der „Vorwärts“ zu der Frage Stellung zu nehmen beabsichtigt, ist nur ein neuer Beweis dafür, wie wenig „konvergierende Beweise“ in der Partei daran denken, grundsätzlich eine entschiedene proletarische, sozialistische Politik zu treiben, wie sehr sie darauf aus sind, ihre Segel ausschließlich nach dem Winde zu stellen. Die Massen sollten sich vor solchen Büßerey hüten!

## Gewerkschaftliches.

Obleute der Groß-Berliner Kriegskommunalverbände und städtischen Kriegsorganisationen!

Am Dienstag, den 4. März 1919, vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 1, eine Sitzung der Obleute obengenannter Organisationen statt. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Einladungs-Ausschuss der Angehörigen der Groß-Berliner Kriegsorganisationen

